

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werkstätige Volk**

Verlagsort: Dresdner Str. 10, Dresden
und Köpcke'sche Buchhandlung

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Unteraufsichtsmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Wohlfahrt“ und „Wohlfahrt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komposition
30 Pf., die 30 mm breite Komposition 1,50 M., für ausgedehnte An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reisepreise
40 Pf. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 190

Dresden, Dienstag den 17. August 1926

37. Jahrg.

Die Gönner der Dreiundzwanzig Ein neues Parteiprogramm Wehrwolf-Sympathien für die USPD. — Die 23 empfehlen sich den Nationalen

Der Wahlkampf der Dreiundzwanziger beginnt unter fabelhaften Anzeichen: die kapitalistische Presse wünscht ihnen Glück und Erfolg. Diese Leute nennen sich Sozialisten; man denke sich eine sozialistische Gruppe, der die Hauptkräfte des Kapitalismus viel Erfolg wünschen! Alles schon dagewesen? Nein, das war noch nicht da. Jüngst erst wurde die USPD wegen ihres „staatszerstörenden“ Charakters von dem weitläufigsten Nachrichtenblatt Sachsens, den Leipziger Neuesten Nachrichten, gepriesen und beglückwünscht. Noch deutlicher wird der Dresdner Anzeiger, der in seiner Sonntagsnummer schreibt:

Was immer man am sozialistischen Denken ausüben mag, so läßt es sich nicht durch Gewalt, sondern nur durch das Wirken besserer Gedanken überwinden, und im übrigen muß es sich, wie jedes geistige Leben der Menschheit, aus sich selbst heraus neu gestalten. Das eine derartige geistige Bewegung vorhanden ist, zeigt das Entstehen der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ Sachsens, deren Zeitung „Der Volksstaat“, die wir kürzlich angeführten Gelegenheit nahmen, einen deutschen Republikanismus aus hingebender Staatsliebe und nationaler Leidenschaft als allein lebensfähig verurteilten.

Die Außenpolitik des Dresd. Anz. ist — trotz manchen nationalliberalen Leitartikeln — nationalistisch. Seine stille Liebe gilt, wie er oft genug bewiesen hat, den Völkern. Seine reaktionäre Gesinnung behandelt er längst als wieder, als er alles das brachte, was sich für die menschenverachtlichen Justizkardinals sagen ließ. Und von so etwas wird die USPD, ob ihrer „nationalen Leidenschaft“ gelobt. Die bürgerliche Presse hat für alles sozialistische Renegatentum eine bessere Nase als mancher Mann in der Arbeiterbewegung.

So wittert und betont der Anzeiger, daß sich hier etwas Neues gestaltet: nämlich sächsischer Nationalsozialismus. Das haben sogar die Völkischen begriffen, wie eine Zu- schrift an den Anzeiger beweist. Das obige Anzeigerzitat enthält einen Artikel, mit dem sich Hühners Parteigänger gegen die Wahlforderungen wandte, die die „fünf Wehrverbände“ an die bürgerlichen Parteien richteten. Wenn diese Forderungen angenommen werden sollten, so müßte auch ein Zusammenarbeiten mit den abgeplatterten Dreiundzwanzigern aufhören, die doch ihre gute „staatszerstörende“ Gesinnung hinreichend bezeugt hätten. So unklar ist die Meinung des Dr. A. Dazu wird vom „aus den Kreisen des Wehrwolfes“ geschrieben:

Alle Wehrverbände ist die Staatsform ganz ohne Verlang. Und wenn kirchlich eine „Alte Sozialdemokratische“ — in des Wortes wahrer Bedeutung natürlich — Partei Sachsens entstehen ist, die, wie ihr Organ „Der Volksstaat“ schreibt, einen deutschen Republikanismus aus hingebender Staatsliebe und nationaler Leidenschaft als allein lebensfähig verurteilt, so steht eine Verbindung zwischen dieser Partei und den Wehrverbänden nichts im Wege. Denn die Bundesleitung des Wehrwolfes schreibt in ihrer Zeitung Der Wehrwolf: Die Ablehnung von menschenverachtenden Forderungen innerhalb der „Nationalen“ darf uns nicht dazu führen, den Angriff auf die falsche Front zu verlegen. Der zweite Angriff, der eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit der USPD — aber nicht der USPD — darstellt, folgt lediglich dem internationalen Marxismus im Kampf an.

Also die Völkischen sind bereit, sich mit den Dreiundzwanzig zu verständigen, nicht aber mit der Sozialdemokratie — was auch verlorene Liebesmüh wäre! Sie wägen die Situation und die dreiundzwanzig Abgesplitterten durchaus richtig ein. Die Völkischen für ein Zusammengehen mit der USPD — wach ein Zeugnis! Die Reaktion Größtenmaß aber glaubt Teile der sozialistischen Arbeiter- schaft mit der falschen Firma „Alte Sozialdemokratische

Partei“ langan zu können! Da loben wir uns Herrn Nießien, der sich eifrig auf dem vom Dresdner Anzeiger und von den Völkischen am richtig erkannten Nationalsozialismus besinnt und sich im Plätzchen der Dreiundzwanzig auch er- sprechend äußert.

So auch in der gestrigen Nummer. In einem Artikel, der sich mit dem Auf der fünf sächsischen Wehrverbände nach einer schwarzweissen Wahlzeit beschäftigt, heißt es im Plätzchen der Dreiundzwanzig zum Schluß:

In diesem Zusammenhänge könnte man sich versucht fühlen, noch ausführlicher auf die besonderen Verhältnisse der sächsischen Arbeiterbewegung einzugehen. Wir wollen es auch bei einer Entschuldigung belassen, die, wenn man sie nicht mit Behauptung gemessen kann, die weit über die Grenzen Sachsens hinausreicht. Die Ausdehnung jener Entschuldigung ist gütig; ein nationales Verbrechen begeht, wer sich daran verweigert. Diese Entschuldigung hat schon schwer genug damit zu ringen, daß sie so früh zu früh vielleicht, der die Landtagswahlen gestellt wird; so soll man wehrhaftig politischen Forderungen nicht erlauben, mit Wahlen in der Luft umherzufliegen; es könnten allerlei Verheißungsböller Reime tödlich getroffen werden. Daß eine bürgerliche Einheitsfront geschaffen werde, und daß diese Einheitsfront schwarzweiss sei, ist nicht weniger nicht das, was uns am dringlichsten sei; die Einheits- front aber, die wir wollen, ist die, die dem Reich in seiner Dienst und fromm ist und unter der Einheitsfront die bedeutungsvollere; nur klägliche Bedenken können darüber in Aufregung geraten, wenn in dieser Einheitsfront schwarzweissene Banner stehen.

Das heißt: Die USPD empfiehlt sich dem Wohlwollen der Bürgerlichen. Seht her, wir versuchen die Sozialdemo- kratie in Sachsen zu spielen! Wir hemmen ihren Kampf! Nehmt uns das bühnen Schwarzrotgold nicht übel! Seht doch, wie wir uns bemühen! Seht, welche „verheißungsböllen Reime“!

Wenn da die Völkischen nicht weich werden! Und wenn das kein Verrat an der Arbeiterbewegung ist! Die widerliche Anbiederung an die Reaktion wird nur noch übertrieben von der Neuseite, mit der sich diese Renegaten „alle Sozialdemokraten“ nennen!

Wozu sie gut sind!

Die Leids. R. R. (siehe oben) denken sich die Rolle der Abgesplitterten so:

Uns gilt die Sozialdemokratie als Gegner, weil der Weg der Linken unter Volk in die Irre geführt hat. Aber wir haben doch auch in Sachsen gerade unter den antisozialistischen Kräften gefunden, die, als es galt, staatszerstörerisch zu wirken, im Bewußtsein ihrer Verantwortung über ihren Parteistand sprangen, und die in der praktischen politischen Arbeit staatszerstörerischen Menschen- verstand bewiesen. Auch in anderen deutschen Ländern gibt es solche Beispiele, und die Logik dieser Tatsache ist nicht wegzuzwecken. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen, daß bei den eigenartigen politischen Machtverhältnissen in Sachsen, nach den Wahlen eine unter Umständen mögliche Koalition zwischen Bürgerlichen und Antisozialisten nicht zustande kommt, so daß dadurch die Antisozialisten in das linksradikale Lager ge- zogen werden? Wer will die damit herauszuführende Lager- zerteilung einer Zeugnisepoche verantworten?

Man spekuliert also zunächst auf eine bürgerliche Mehr- heit „unter deutschnationaler und deutschvolkspartei- licher Führung“. Sollte die bürgerliche Piffer nicht ganz zurechnen, so rechnet man eben auf den einen oder die zwei „vernünftigen“ Antisozialisten, mit denen man dann schon die Sache machen kann. Also: Ausschaltung der Ar- beiterkraft in jedem Falle! Aber diese Arbeiter- schaft wird sich schon zur Wehr setzen müssen, darauf können sich die Herren verlassen.

Ein neues Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie

Von Dr. Otto Neurath, Wien

Weit über die Zahl ihrer Mitglieder hinaus findet die österreichische Sozialdemokratie Beachtung im internationalen Proletariat; das verdankt sie vor allem ihren praktischen Er- folgen und der Pflege der marxistischen Theorie. Die Be- deutung des eben erschienenen Entwurfes zu einem neuen Parteiprogramm beruht nicht zuletzt darauf, daß es sich über nicht um theoretische Erklärungen handelt, sondern vor allem um den Niederlag sehr lebendiger Erfahrungen. Die öster- reichische Arbeiterkraft wird parlamentarisch durch die Sozial- demokratische Partei, im Kampf gegen das Unternehmertum durch die freien Gewerkschaften vertreten. Die Zahl der Pro- letarier, die bürgerlich wählen, ist gering, die christlichen und nationalen Gewerkschaften spielen so auf wie keine Rolle, gehören ihnen doch nur etwa 10 Prozent der Arbeiter und Angehörigen an. Die Kommunisten treten weder politisch noch gemeinschaftlich wesentlich hervor, sie kommen zum Beispiel bei den Nationalratswahlen nicht einmal einen Abgeordneten durchbringen. Für das österreichische Proletariat gilt: eine Partei — eine Gewerkschaftsorganisation.

Von den etwa 6 Millionen Einwohnern Österreichs entfallen ungefähr 1 1/2 Millionen auf die Kinder, etwa 1 1/2 Millionen auf die Berufslosen (diese Zahl deckt sich ungefähr mit der Zahl der Nichtwahlberechtigten), die restliche Be- völkerung besteht aus 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte, 1 Million Arbeiterinnen und Angestellte, 1 Million Anbau- frauen und etwa 1/2 Million Selbständige, unter denen sich aber auch viele Kleinbauern befinden, die dem Proletariat nahe- stehen. Die Sozialdemokratie ist jetzt bemüht, jene An- gesetzten und Beamten, die noch durch die nationale Ideologie mit dem Bürgertum verbunden sind, zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen und mit der Arbeiterkraft organia- tionell zu vereinen. Große Energie wurde mit Erfolg für die Agitation auf dem Lande aufgewendet. Die Sozialdemo- kratie ist im Parlament eine mächtige Opposition, beherrschend die Stadt Wien (ungefähr ein Drittel der Einwohner von Österreich) und andere Städte und verfügt über eine fröhliche Gesamtorganisation.

Der Entwurf des Parteiprogramms empfindet die Grund- läge des Kampfes zwischen der proletarischen Front und der bürgerlichen Front. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß das Kleinbürgertum, die Kleinbauernschaft, die freien Berufe nur noch die Wahl haben, den Trost der herrschenden Bourgeoisie zu bilden oder Bundesgenossen der Arbeiterklasse zu werden. Der Entwurf gibt der Anschauung Ausdruck, daß eine nicht geringe Zahl von Menschen gerade aus Furcht vor dem Schicksal des Arbeiterdaseins dem Kleinhandel und dem Handwerk zueilt oder um jeden Preis häuerlichen Zwang- heit erwirbt. Sie belassen einerseits Waren mit hohen Lin- kosten, erzeugen andererseits eine Überproduktion des Bodens und leiden schwer unter der geltenden Wirtschaftsunruhe. Die Abhängigkeit des Wirtschaftslebens von den städtischen Industriefaktoren und Großbanken wird betont. Gerade die Expansion des internationalen Kapitalismus erzeuge fort- während Bedingungen für neue Kriege, die die österreichische Sozialdemokratie als schwere Gefahr für die proletarische Entwicklung betrachtet.

Das Ende der alten Wirtschaftsordnung kommt durch Wandlungen, die sich nicht auf ein Land wie Österreich be- schränken. Die österreichische Sozialdemokratie muß sich daher sogar mit dem Gedanken befassen, daß sie bereits in einem Zeitpunkt auf parlamentarischen Wege die Staatsgewalt in die Hand bekommt, in dem eine durchgreifende Sozialis- tierung vor allem schon im Hinblick auf die internationale Lage unabweisbar nicht in Frage kommen kann. Von entscheidender Bedeutung für das Proletariat ist aber auf alle Fälle der Kampf um die Staatsmacht. Die demo- kratische Republik, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei begründet und zunächst von der Bourgeoisie beherrscht, erweist sich in Österreich als eine Staatsform, die dem Proletariat große politische Chancen gibt. Die politischen Privile- gien sind gefallen, die herrschenden Klassen müssen sich der Presse, der Schule, der Kirche und ihrer finanziellen Mittel bedienen, um eine parlamentarische Majorität zu erlangen. Durch Aufklärung über die wirtschaftliche und politische Ab- hängigkeit der breiten Massen von den herrschenden Schichten vermag die sozialdemokratische Arbeiterpartei diese Einflüsse zu überwinden und eine proletarische Front zu schaffen, die auf parlamentarischem Wege die Herrschaft ausüben kann.

In Österreich wie überall beginnt das Bürgertum seine Sympathie für die Demokratie aufzugeben, sobald sich die De- mokratie gegen seine Herrschaft wendet. Die bürgerliche Presse spricht denn auch gerne von der „Parlamentarismuskritik“ und ruft nach dem starken Mann. Daher räumt die österreichische Sozialdemokratie mit der Möglichkeit, daß die herrschenden Klassen nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen, sondern eventuell, unterstützt von ausländischen Mächten, auf einen Bürgerkrieg ankommen lassen werden. Damit der Bürger- krieg unumgänglich vermieden werden kann, ist die Inter- nationalität des Proletariats für unabweisbar anzusehen — mit der Entwurf für zweierlei ein:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß die Möglich- keit in händer gestirbt und physischer organischer Verbin- dung zur Verteidigung der Republik erhalten die einzige Gesell- schaft zwischen der Arbeiterklasse und den Feinden der Bundesrepublik pflegen, so ebenso wie die anderen sozialistischen Parteien des Landes zur Treue zur Republik erziehen und da-

Der Kurswechsel bei den Sowjets

Auch Kamenew gemahregelt

D. Berlin, 17. August. (Eig. Funkdruck.) Aus Moskau wird jetzt die seit langem angelegentlichste Amtsenthebung Kamenews von seinem Posten als Volkskommissar für Außen- und Innenhandel gemeldet. An seine Stelle tritt ein der weiteren Öffentlichkeit bisher unbekannter Mann aus den engeren Kreisen Stalins, Nikolai Sinowjew. Er ist wie Stalin, Kaufmann und war zuletzt Sekretär des Nordkaukasischen Komitees der kommunistischen Partei. Auf der letzten Vollversammlung des Zentralkomitees, die zur Ablehnung Sinowjews führte, wurde er zum Stell- vertretenden Mitglied des Politischen Burdens gewählt. Gleichseitig wird mitgeteilt, daß Wjalikow, der Stellver- tretende Vorsitzende des Volkswirtschaftsrats, auf zwei Wo- chen in Urlaub ist. Er wird ebenfalls auf seinen Posten nicht zurückkehren und ebenso wie Sinowjew und Kamenew, endgültig aus allen maßgebenden Staatsstellen ausgescheiden.

Damit ist die Opposition in der kommunistischen Partei aufgehoben, indem sie sich Lemaitz hatte, organisatorisch zer- zureißen, vollständig enthaupet. Während der Debatten des 14. Parteitagess erklärte Stalin noch, daß niemand im Zentral- komitee an irgendwelche Wahrgelungen denke. Das war dann ausgesprochen, da führen schon alle Größen der offiziellen Partei- schaft nach Leningrad und stülpten die Leningrader Organi- sation um. Alles, was nicht unbedingt „unverzichtbar“ war, wurde in Leningrad genommen war, folgte er selber. Stalin hat also jedenfalls die Absicht, russisch-asiatische durchzugreifen und jeden Widerstand gegen seine Politik zu vertreiben. Die Opposition wird damit nicht verdrängt, aber sie wird aus der Illegalität verurteilt. Die offizielle kommunistische Partei Russlands befindet immer deutlicher ihre sozial- demokratische Partei des Bauerntums und der Rep- blikens auf dem nächsten Parteitag neue Konflikte zum Ausbruch kommen, die den Prozeß der Abfassung der kommunistischen Elemente und der weiteren Rechtsorientierung der Partei befeuern werden.